

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 66 848 ppbr d

Inhalt

Björn Engholm, SPD-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein, analysiert das Wahlergebnis von Schleswig-Holstein: Die SPD ist wieder da. Seite 1

Heinz Rapp MdB untersucht die aktuelle Währungssituation: Rückkehr zum "barbarischen Metall"? Seite 3

Christa Meier MdL und Dietmar Zierer MdL beschreiben, wie Bayerns Jugendverbände auf die Streichungen der CSU-Regierung reagierten: Die SPD will zehn Millionen DM mehr. Seite 5

38. Jahrgang / 50

14. März 1983

Die SPD ist wieder da

SPD schaffte in einer Woche den Weg aus der Falschlie

Von Björn Engholm
SPD-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein

Für die schleswig-holsteinische SPD gibt es nach der gestrigen Landtagswahl keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen. Zwar gilt: Wir haben unser Ziel nicht erreicht, die CDU nach mehr als 30jähriger Herrschaft abzulösen. Richtig ist aber auch: Die SPD hat gegenüber der Landtagswahl von 1979 zwei Prozent dazugewonnen. Mit 43,7 Prozent der abgegebenen Stimmen hat sie ihr bestes Landtagswahl-Ergebnis seit 1950 erreicht. Dies war vor allem nach den erheblichen Verlusten bei der Bundestagswahl vom 6. März nicht zu erwarten. Ich halte es für bemerkenswert, daß die schleswig-holsteinische SPD innerhalb von nur einer Woche nicht nur den negativen Bundestrend gebremst, sondern schon den Weg aus dem Tief geschafft hat.

Anders formuliert: Die SPD ist wieder da. Ich bin sicher, daß der Aufschwung in Schleswig-Holstein den Sozialdemokraten in Bremen und Hessen, die im Herbst Landtagswahlen vor sich haben, Rückenstärkung gibt. Dasselbe sehe ich auch für die Arbeit von Hans-Jochen Vogel in Bonn. Zwar hat der bisherige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel, noch vom Kohl-Bonus des Bundestagswahl-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godasberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Verlagsgruppe Deutscher
und anderer Rotations-
Reisepapier



Ergebnisses profitieren können. Aber wenn die neue Rechts-Koalition in Bonn das durchsetzt, was zur Zeit an der Gerüchtemörse kursiert, also ihre Politik zu Lasten der sozial und finanziell Schwachen fortsetzt, wird der Rechts-Trend sich bald umkehren.

Die schleswig-holsteinische FDP mußte für die Wende-Politik Genschers und Lambsdorffs bitter büßen. Die Zahl der Landtage, in denen die FDP noch vertreten ist, schrumpft von Landtagswahl zu Landtagswahl. Für Schleswig-Holstein bedauere ich das. Zum einen ist eine konsequent sozialliberal ausgerichtete FDP, die in den letzten Jahren im Landtag gute Arbeit geleistet hat, aus dem Parlament katapultiert worden. Zum zweiten hat dieses Ergebnis die konservativen Kräfte der FDP gestärkt. Unabhängig davon hat sich gezeigt: Die Zeit der FDP als liberale Partei auf dem Boden des Freiburger Programms ist vorbei. Sie ist auf das zurückgeworfen, was Genscher und Lambsdorff aus ihr gemacht haben: Eine Drei-Prozent-Partei, eine Leihstimmen-Partei.

Für die SPD gilt: Nachdem auch die Grünen den Sprung in den Landtag nicht geschafft haben, müssen die Sozialdemokraten, um absolute Mehrheiten zu schaffen, nicht nur weiterhin konsequent die Interessen Ökonomie und Ökologie in Programm und Politik verdeutlichen und umsetzen. Und sie müssen das reformorientierte fortschrittliche Bürgertum einbinden, das seine Heimat in der FDP verloren hat. Der deutliche Vertrauensbeweis für die SPD in Schleswig-Holstein jedenfalls beweist, daß die SPD auf dem richtigen Weg ist. Die großen Vereinfacher haben zwar, kurzfristig, die Nase vorn. Aber mittelfristig ist das Konzept der Sozialdemokraten, auf komplizierte Fragen differenzierte Antworten zu geben, überzeugender und ehrlicher. (-/14.3.1983/ks/ca)

+ + +



Rückkehr zum "barbarischen Metall"?

Die aktuelle Währungssituation erfordert kluge Reaktionen

Von Heinz Rapp MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

1. Der Währungshorizont ist verfinstert, Wetterleuchten zuckt auf. Genau zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems der festen, aber (leider allzu wenig) anpassungsfähigen Wechselkurse liegt es nahe, die derzeitigen Probleme in allgemeineren Betrachtungen über ein "Weltwährungssystem" der seit 1973 jedenfalls dem Dollar gegenüber flexiblen Wechselkurse (Floating) einzubeziehen. Mehrere solcher Texte liegen vor.

Helmut Schmidt beklagt in seiner umfassenden Arbeit "Die Weltwirtschaft ist unser Schicksal" (ZEIT vom 22. Februar 1983), daß es in diesen zehn Jahren "zwischen den großen Währungsblöcken immer hektischer zugegangen" sei. Gemessen an den Kriterien der Kalkulierbarkeit der Wechselkurse, der Freiheit des Kapitalverkehrs und des Wachstums des Welthandels habe das "allseits unregelte Floating" - von einem Weltwährungssystem könne man im Grunde gar nicht reden - keine guten Zensuren verdient. Es könne keine Rede davon sein, daß sich im Floating-System stabilitätsbewußte Länder (wie die Lehrbücher meinten) dem weltweiten Inflationstrend und dem internationalen Konjunkturzusammenhang hätten entziehen können; folgerichtig sei es auch zur Umkehr des Trends der Liberalisierung des Welthandels gekommen. Helmut Schmidt spielt auf den in den Jahren 1977/78 notorisch unter-, nach dem März 1980 notorisch überbewerteten Dollar an und kritisiert die beinahe völlige Abstinenz der US-Währungsbehörde den sprunghaften Entwicklungen des Dollar-Kurses gegenüber; er sieht sie derzeit im Banne einer US-Regierungspolitik überhöhter Realzinsen, die ihrerseits Folge der aberwitzigen Budgetdefizits sind (man muß hinzufügen: Dieses wiederum ist die Konsequenz von Rüstungsausgaben in einer Höhe, die die Weltwirtschaftskrise dauerhaft festschreiben wird). Schmidt: "Notenbanken und Regierungen müssen.. an den Devisenmärkten Flagge zeigen; allein gelassen benehmen die Devisenhändler sich wie eine Hammelherde".

Dabei plädiert Helmut Schmidt nun nicht für die Rückkehr zum alten Bretton Woods-System. Er erinnert vielmehr an die vereinbarte multilaterale Beobachtung und Beeinflussung der fünf Schlüsselwährungen: Gefordert ist die verstärkte Kooperation. Das Europäische Währungssystem (EWS) gilt ihm als ein im großen Ganzen gelungenes Beispiel; der Erfolg des EWS drücke sich in der größeren Robustheit des europäischen Handels im Vergleich zum allgemeinen Welthandel aus. Von der Bundesbank hört man's in Nuancen anders. Die Abkehr vom funktionsunfähig gewordenen Bretton Woods-System, die Befreiung der Bundesbank von der Devisenankaufspflicht, hat den Inflationsimport gestoppt - und doch wieder nicht: "Schon bald stellte sich heraus, daß man auch in einem System des Floating den Wechselkurs nicht einfach 'wohlwollend ignorieren' kann" (Präsident Pöhl). Flexible Wechselkurse bedeuten jedenfalls nicht, daß die Geld- und insgesamt die Wirtschaftspolitik sich ausschließlich auf binnenwirtschaftliche Erfordernisse beschränken könnte - dem wird allerdings sofort hinzugefügt, daß "selbst massive Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten erfahrungsgemäß nur begrenzte Wirkungen haben". Ein höheres Maß an Wechselkursstabilität wird - selbstverständlich - für wünschenswert gehalten. Trotz sinkender Inflationsraten in den USA, England, Japan und der Bundesrepublik aber hält die Bundesbank die Rückkehr zu festen Wechselkursen gegenüber dem Dollar für zu riskant. Skepsis besteht auch gegenüber dem EWS. Direktoriumsmitglied Dr. Gleske: "Das noch bestehende Inflationsgefälle zwischen den EG-Ländern ist der deutlichste Ausdruck des Mangels an wirtschaftlicher Konvergenz."

Es würde wundernehmen, wäre dies nicht die Zeit der Wunderheiler. Ohne Frage ist der erstaunliche weltwirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg, der Wohlstand insbesondere der westlichen Industrieländer; untrennbar mit dem Bretton Woods-System



verbunden. Daß dieses System mit dem Beschluß der US-Regierung, den Dollar nicht mehr in Gold einzulösen, zu Grabe getragen wurde, hält Superkonservative nicht davon ab, jetzt nach einem "Festkurssystem auf der Grundlage des Goldes" zu rufen. Sicher ist, daß auf dieser "Grundlage" die Armen der Welt ärmer würden; daß die Reichen dabei reicher würden, kann nur glauben, wer meint, daß sich die Armen der Herrschaft des "barbarischen Metalls" beugten.

Es wird also zu dem "Internationalen Beschäftigungspakt" der großen Industriestaaten kommen müssen, den Hans-Jochen Vogel gefordert und in das Wahlprogramm der SPD eingebracht hat. Helmut Schmidt hat zum anstehenden Weltwirtschaftsgipfel die folgenden Forderungen aufgestellt: Absenkung der Realzinsen; keine ungezügelter Schaffung internationaler Liquidität, Wirtschaftspolitiken der "mittleren Linie" ohne keynesianische oder monetaristische Einseitigkeiten bei jetzt insgesamt wieder expansiveren Elementen der Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik; Abstimmung dieser Politiken zum Zweck prioritärer Aufgabenstellung für die einzelnen Staaten je nach deren Situation; weitere Entfaltung des Strukturwandels der nationalen Volkswirtschaften bei entschiedenerem Kampf gegen den Protektionismus; Kräftigung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Stabilisierung des Weltfinanzsystems bei zweckdienlicher, aber harter Konditionenpolitik; Verstärkung der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Aus alledem resultierte materiell eine größere Stabilität in den Währungsbeziehungen; daraus würde sich irgendwann auch institutionell wieder eine Weltwährungsordnung gewinnen lassen, die diesen Namen verdiente.

2. Die aktuellen Probleme stellen sich innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) - weniger im Verhältnis zwischen EWS und Dollar. Von der Notwendigkeit eines allgemeinen Realignement der Leitkurse ist die Rede: Französischer Franc (auch belgischer Franc, Lira und Dänekrone werden genannt) runter - DM und Gulden rauf; zu feilschen ist noch um die Prozentsätze, eine einseitige Abwertung der einen, eine einseitige Aufwertung der anderen Seite wird als abwegig weil wettbewerbsverzerrend bezeichnet. Selbst der zeitweise Ausstieg der Franzosen und ihrer Währung aus dem EWS beziehungsweise die Erweiterung der Bandbreite für den Franc (nach dem Vorgang der Lira) ist im Gespräch.

In der Tat ist der Druck auf den französischen Franc enorm, "irgendetwas" muß geschehen. Einstweilen hat die Bank von Frankreich den Spekulanten mal ein Schnippchen geschlagen, indem sie die Interventionspflicht der Bundesbank zugeschoben hat - wiederholen lassen wird sich das nicht. Freilich sind die französischen Devisenreserven so gering auch wieder nicht, daß sie nicht "halten" könnten, wenn sich eine dauerhafte Lösung eröffnete. Daß Regierung und Notenbank jetzt die Zinsen hochtreiben, liegt auf der Linie der verstärkten Stabilitätsorientierung der französischen Politik - ob dies rasch genug zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft und so zum Abbau des Leistungsbilanzdefizits führt, muß freilich bezweifelt werden. Über die Folgen eines Wechselkurs-Realignements im EWS auch für die deutsche Wirtschaft soll man sich keinen Täuschungen hingeben (wenngleich die Devisentermärkte die denkbaren Paritätsänderungen möglicherweise bereits "überschossen" haben).

Wie wär's denn, wenn in dieser Situation die deutsche Politik sich daran erinnerte, daß bei uns seit Herbst 1981 die Zinsen und seit langem die Preissteigerungsraten sinken, die Leistungsbilanz schon seit Mitte 1982 ausgeglichen ist und jetzt einen deutlichen Überschuß ausweist, daß sich die Voraussetzungen für die Wirtschaftsbelebung schon seit dem Frühjahr 1982 spürbar verbessert haben - zusätzliche Investitions-, Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen also möglich waren und dies zumal dann, wenn es sich um Anregungen handelte, die - so wie die des SPD-Beschäftigungsprogramms - als normale bankmäßige Vorfinanzierungen zukunftsichernder Investitionen die öffentlichen Haushalte nicht be-, sondern schon mittelfristig entlasteten? Dies wäre eine Strategie nach vorne, die allzu tiefgreifende Eingriffe in das Wechselkursgefüge vermeiden helfen könnten - zum allseitigen Nutzen.



Zweimal zehn Millionen mehr für die Jugendarbeit

Bayerns SPD-Fraktion will Sorgen der Jugendverbände bei den Haushaltsberatungen
Gehör verschaffen

Von Christa Meier MdL

Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtages
und Dietmar Zierer MdL

Sprecher des SPD-Arbeitskreises für Jugendfragen

Wenn es nach dem Willen der Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag geht, werden die Haushaltsansätze für die Jugendarbeit für 1983 und 1984 um jeweils zehn Millionen Mark erhöht. Diesen Antrag haben die SPD-Kulturpolitiker jetzt in die Beratungen des Bayerischen Landtags eingebracht. Mit den zehn Millionen wären die von der Staatsregierung beabsichtigten Kürzungen zurückgenommen und gleichzeitig den Preissteigerungen in etwa Rechnung getragen. Die Kürzungen des Jugendetats um 25 Prozent, wie sie die Bayerische Staatsregierung beabsichtigt hat, sind verantwortungslos.

Damit haben sich die Sozialdemokraten auf die Seite der im Bayerischen Jugendring zusammengeschlossenen Verbände gestellt. Sie hoffen, daß sie - nach den massiven Protesten aus den Verbänden - Erfolg haben, denn angesichts neuer und wachsender Aufgaben in der Jugendarbeit nicht zuletzt auf Grund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit ist es ein Unding, hier den Rotstift anzusetzen.

Der Staatsregierung und der CSU sei nochmals an Herz gelegt, wie der Jugendring und die Jugendverbände diese Maßnahmen beurteilt haben:

- o Der Bayerische Jugendring nahm die geplanten Kürzungen mit "großer Bestürzung" zur Kenntnis. Er "sieht die Funktionsfähigkeit der 16 in ihm als Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Jugendverbände, die Arbeit der Jugendgruppen, die offene Jugendarbeit und die Arbeit mit Jugendlichen in besonderen Problemlagen bedroht. Er befürchtet damit direkte und indirekte Auswirkungen auf die soziale Lage der jungen Generation im Freistaat Bayern. Der Bayerische Jugendring war und ist bereit, das Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung mitzutragen und hierfür Verantwortung zu übernehmen. Durch die geplanten Kürzungen drohen die zahlreichen positiven Aspekte und inhaltlich beachtlichen Aussagen des Jugendprogramms wirkungslos und die von der Jugendarbeit wahrgenommenen Aufgaben grundsätzlich gefährdet zu werden".
- o Energisch protestierte auch die DGB-Jugend. Der Vorsitzende des Landesjugendausschusses des DGB, Richard Polzmacher, äußerte, der Entzug von acht Millionen Mark drohe "die Jugendarbeit in Bayern auszutrocknen". Die Gewerkschaftsjugend hegt den "Verdacht, daß die Staatsregierung eine Strafaktion gegen die Jugendarbeit insgesamt vorzuzerzieren will, um den Bayerischen Jugendring als Vertreter der Jugend im Sinne der Staatsregierung zur Räson zu bringen". Nach Meinung der SPD kein unbegründeter Verdacht, zumal ähnliches schon in der Vergangenheit - beispielsweise bei der Satzungsgebung des Jugendrings und dem Versuch, den Kreisjugendringen die Trägerschaft über die Freizeitheime zu nehmen - versucht worden war.

In unserer Zeit, so Polzmacher weiter, "ist eine andere Jugendpolitik der Staatsregierung erforderlich, nicht aber die beabsichtigte Knebelung der Jugend durch die vorgesehene Mittelkürzung. Erst dadurch kommt der so oft geforderte Dialog zwischen Jugend und Politik zustande".
- o "Unverständlich" fand der Landesjugendkonvent der Evangelischen Jugend, daß "gerade angesichts wachsender Schwierigkeiten in unserer Gesellschaft, von denen gerade junge



Menschen besonders betroffen sind, derart massive Kürzungen für die Jugendarbeit vorgesehen sind". Besonders hart werden durch diese Kürzungen nach Ansicht der Evangelischen Jugend junge Arbeitslose, Ausländer und junge Leute aus anderen sozialen Brennpunkten betroffen.

- o Die katholische Jugend prophezeite "die Einstellung der Bildungsarbeit in der katholischen Jugendarbeit in wenigen Wochen". Die Eigenleistungen bei der Aus- und Fortbildung von Verantwortlichen in der Jugendarbeit könnten kaum mehr weitergesteigert werden. Die Kürzungen der Zuschüsse würde letztlich dazu führen, daß Maßnahmen ausfallen müßten. Für die katholische Jugend stellt sich die Frage, "mit welcher Ernsthaftigkeit diese Gespräche (über die Notwendigkeit verstärkter finanzieller Förderung) seitens der Politiker geführt wurden".

Aufschlußreich ist auch die Rechnung des BDKJ-Landesvorsitzenden, Kaj Fuchs: "Wenn das Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung wie vorgesehen um fast 25 Prozent gekürzt wird, bedeutet dies eine Verringerung der Mittel für offene Jugendbildungsmaßnahmen um über 60 Prozent."

- o "Am Rande des Ruins" sieht die Deutsche Jugend des Ostens die landsmannschaftliche Jugendarbeit. Schon am 10. Januar seien alle Fördermittel für die Gruppenleiterausbildung, die 1983 zur Verfügung stehen, verbraucht. Die Bildungsarbeit müsse nun weitgehend gestrichen werden.
- o Am härtesten reagierten Die Falken. Die "Sozialistische Jugend Deutschlands": "... dann wird deutlich, daß die geplanten Kürzungen nicht nur unsozial und unausgewogen ausfallen, sondern ein Verbrechen an der Zukunft unseres Landes darstellen."

Drei Punkte kristallisieren sich aus der Kritik heraus:

1. Angesichts der Kürzungen wird das Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung endgültig zur Makulatur.
2. Neue Aufgaben - etwa im Bereich arbeitsloser oder ausländischer Jugendlicher - können nicht in Angriff genommen werden, die bisherigen Aufgabenfelder sind in Gefahr, finanziell ausgeblutet zu werden.
3. Ist das die Dialogsuche mit der Jugend, wie sie CSU und Staatsregierung vorgeben zu betreiben?

Auch an der "Bais" der Jugendverbände rührt sich Kritik. So protestierten die katholische und die evangelische Jugend Weiden bei Strauß: Wir sind der Überzeugung, daß "dieses Gerede vom Dialog mit der Jugend durch das Verhalten der von Ihnen geführten Staatsregierung zur Farce wird. Die Folge ist zwangsläufig eine weitere Aushöhlung unserer Demokratie." Der Vorsitzende des Stadtjugendrings Weiden, Alfons Heldingsfelder: "Was nützt ein Jugendprogramm, wenn kein Geld dafür da ist?" Burckhardt Söllner, hauptamtlicher Jugendpfleger beim BDKJ, mußte bereits zehn Veranstaltungen mit Jugendlichen ausfallen lassen, darunter Seminare mit jungen Arbeitslosen und Vorbereitungsseminare mit Hauptschülern, die an der Schwelle zum Berufsleben stehen. Der Vorsitzende des Kreisjugendrings Neustadt, Hans Sommer: "Jede Mark, die in der Jugendarbeit gespart wird, muß an anderer Stelle doppelt ausgegeben werden." Sommer nennt als Beispiel die erhöhte Kriminalitätsquote bei Jugendlichen, die in keinem Verein oder in keiner Jugendgruppe aktiv sind. Der evangelische Jugenddiakon Edgar Meier nennt die Kürzungen "keine finanzielle, sondern eine politische Entscheidung der Staatsregierung".

Wo waren Maier, Pirkl, Lang?

Es ist bekannt, welchen Schwierigkeiten gerade der jugendpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Thomas Goppel, ausgesetzt ist: Er wird von den Jugendverbänden geohrfeigt für die Aussage seines Fraktionsvorsitzenden Gerold Tandler, "die vom Kabinett beschlossenen Eckdaten dürfen nicht verändert werden". Angesichts der Kräfteverhält-



nisse zwischen Tandler und Goppel kann man sich vorstellen, welchen Anklang die Bemühungen des CSU-Jugendsprechers in seiner Fraktion finden werden. Aber Goppel jun. mag man wenigstens noch gute Absichten unterstellen.

Anders hingegen bei den Staatsministern Maier, Pirkl, Lang: Wollten nicht die zuständigen Ressortminister Maier und Pirkl alles tun, um den Sozial- und Bildungsbereich vor Kürzungen zu verschonen und keine Unausgewogenheiten zuzulassen? Betonte nicht Pirkl noch im Februar dieses Jahres die Notwendigkeit der Jugendhilfe und der Jugendarbeit? Und gar Justizminister Lang: Der zieht durch seinen Stimmkreis, verspricht der Jugend eine Million und tönt: "Die Haushaltsberatungen sind erst am Anfang, ein gewisser Spielraum ist da schon noch drin."

Gehören Maier, Pirkl, Lang etwa nicht zu jenem Kabinett Strauß, das den Haushaltsansatz für die Jugendarbeit im Ministerrat gebilligt hat? Der Ausdruck "frömmelnde Heuchler" ist das mindeste, was sie sich gefallen lassen müssen.

Ehrlicher war da schon die CSU-Mehrheit im Bezirk von Mittelfranken. Sie forderte von den Jugendverbänden Sparvorschläge und schickte deren Vertreter, als diese nicht dazu bereit waren, einfach wieder nach Hause. Darin wird auch die Absicht der Bayerischen Staatsregierung und der CSU allgemein deutlich: Jugendarbeit soll nur noch nach Willkür und Maßgabe der CSU stattfinden können. Die bisherige Arbeit, in die die Staatsregierung dem Jugendring und seinen Verbänden kaum reinreden konnte, wird offensichtlich solange finanziell geknebelt, bis alle willfährig sind. Wie diese Jugendarbeit dann aussieht, kann sich schon jetzt jeder ausmalen...

(-/14.3.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

